

Montenegro

Sebastian Schäffer

Die dritte Präsidentschaftswahl seit der Unabhängigkeit Montenegros im Jahr 2006 brachte wie erwartet erneut Milo Đukanović zurück auf die politische Bühne. Dieser hatte bereits von 1998 bis 2002 dieses Amt inne und war bis zur Parlamentswahl im Oktober 2016 Premierminister. Obwohl Đukanović damit beinahe ununterbrochen die montenegrinische Politik seit dem Zerfall Jugoslawiens mitbestimmt und auch immer wieder insbesondere von Seiten der Opposition Korruptionsvorwürfe gegen ihn und seine Demokratische Partei der Sozialisten (DPS) erhoben werden, konnte er bereits in der ersten Runde die notwendige absolute Mehrheit erreichen. Amtsinhaber Filip Vujanović konnte nach zwei Amtszeiten (gerechnet ab der Unabhängigkeit, da er bereits zuvor Staatspräsident war) nicht erneut antreten. Erstmals stand auch eine Frau zur Wahl: Die Sozialdemokratische Partei (SDP), langjähriger Koalitionspartner der DPS, nominierte Draginja Vuksanović, die rund acht Prozent erzielen konnte. Die Demokratische Front, größte Oppositionspartei im Parlament, schickte einen gemeinsamen Kandidaten ins Rennen. Mladen Bojanić erhielt jedoch nur etwas mehr als ein Drittel der Stimmen, so dass eine Stichwahl wie vor vier Jahren nicht notwendig war. Die DPS konnte sich bereits bei der Wahl des Ministerpräsidenten auf die Stimmen der Minderheitenparteien verlassen und auch Đukanović erhielt Unterstützung in Form einer Wahlempfehlung durch die Ministerpräsidenten des Kosovo und Albaniens, Ramush Haradinaj und Edi Rama. Es gelang den anderen Kandidaten darüber hinaus auch nicht, mehr Wähler zu mobilisieren. Die Wahlbeteiligung lag mit 63,9 Prozent niedriger als 2013 (67,7 Prozent).¹

EU-Integration

In seiner Rede zur Lage der Union hatte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im vergangenen Jahr eine neue Strategie für den Westbalkan angekündigt. Diese wurde im Februar 2018 angenommen. Die „Strategie für eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive für und ein verstärktes Engagement der Europäischen Union gegenüber dem westlichen Balkan“ sieht vor, bis zum Jahr 2025 die theoretischen Voraussetzungen zu schaffen, die einen Beitritt bei entsprechenden Anstrengungen und Reformen ermöglichen soll. Serbien und auch Montenegro wurden von Juncker explizit für ihre bisherigen Fortschritte gelobt. Seit dem Antrag auf Mitgliedschaft vor fast zehn Jahren konnte Montenegro nun insgesamt 30 von 35 Beitrittskapiteln eröffnen, seit dem letzten Berichtszeitraum kamen damit vier neue hinzu (Freier Warenverkehr, Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Niederlassungsfreiheit und freier Dienstleistungsverkehr, Regionalpolitik und Koordination der strukturpolitischen Instrumente). Zudem konnte ein weiteres Kapitel vorläufig geschlossen werden (Beziehungen nach Außen), so dass nun drei Kapitel abgeschlossen sind.

1 Ergebnis der Präsidentschaftswahlen, 15.4.2018, abrufbar unter: <http://www.izbori2018.me/#/predsjednicki-izbori> (letzter Zugriff: 18.6.2018).

Das Wirtschaftswachstum hält zwar an, dennoch stellt die hohe Arbeitslosigkeit weiterhin eine der größten innenpolitischen Herausforderungen dar. Mit einer Quote von rund 16 Prozent zählt Montenegro zu den 20 Ländern mit der höchsten Arbeitslosigkeit weltweit. Innenpolitisch bleibt das Land gespalten. Teile der Opposition sind zwar im Dezember 2017 ins Parlament zurückgekehrt, dennoch mangelt es an einem Dialog innerhalb der politischen Institutionen. Die Ratifikation des Abkommens über den Grenzverlauf durch das Parlament in Priština setzt die guten nachbarschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten fort, was sich auch auf die innenpolitische Vormachtstellung der DPS auswirkt. Solange sich keine echte Alternative zur Regierungspartei formiert, die nicht auch gleichzeitig einen pro-europäischen Kurs im Gegensatz zur jetzigen hauptsächlich pro-russischen Opposition glaubwürdig vertreten kann, wird sich auch daran nichts ändern.

Ausblick

Das in Aussicht gestellte Datum für einen möglichen Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2025 scheint für Montenegro im Vergleich zu den anderen Beitrittskandidaten noch am ehesten realistisch. Der Fortschrittsbericht der Kommission bescheinigt zwar moderate, aber dennoch erkennbare Verbesserungen in fast allen Bereichen. Insbesondere im Hinblick auf die Anpassung und Vorbereitung auf die Umsetzung des Acquis communautaire konnten Fortschritte erzielt werden.² Auf absehbare Zeit kann die DPS hier ihren Reformkurs fortsetzen, inwiefern aber auch die besonders kritischen Fragen hinsichtlich Korruption, Pressefreiheit und Bekämpfung der organisierten Kriminalität angegangen werden, bleibt abzuwarten. Zudem stellt sich die Frage nach dem Einfluss von Seiten der Russischen Föderation auf den kleinen Adriastaat und auch die steigenden Investitionen Chinas insbesondere im Bereich der Infrastruktur werden zunehmend eine Konkurrenz zu dem an Bedingungen gebundenen Engagement aus Brüssel darstellen. Dennoch ist die Zustimmung von Seiten der Bevölkerung zu einem EU-Beitritt überwältigend hoch, wie eine Umfrage der Delegation der Europäischen Union in Montenegro vom Januar 2017 zeigt. Mehr als 76 Prozent der befragten Wähler, die sich an einem Referendum beteiligen würden, sprachen sich für eine Mitgliedschaft aus.³ Dennoch bleibt das anvisierte Ziel sehr ambitioniert. Neben dem Willen der montenegrinischen Politik, ihre Anstrengungen fortzusetzen und auf alle Bereiche auszuweiten, wird hier insbesondere die Unterstützung der EU-Institutionen, aber auch einzelner Mitgliedstaaten, darunter unter anderem Deutschland, notwendig sein. Zentrale Frage wird dabei sein, ob die neue Kommission diese nach der Europawahl im kommenden Jahr fortsetzen wird und auch die notwendigen Mittel für den Beitritt im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen bereitgestellt werden.

Weiterführende Literatur

Matthias Bieri: Der Westbalkan zwischen Russland und der EU, Zürich 2017.

Christina Griessler: Die makroregionale EU-Strategie für den Donauraum und ihr Beitrag zur regionalen Zusammenarbeit der Staaten des westlichen Balkans, in: Ellen Bos/Christina Griessler/Christopher Walsch (Hrsg.): Die EU-Strategie für den Donauraum auf dem Prüfstand, Budapest 2017, S. 109-130.

2 Europäische Kommission: Commission Staff Working Document, Montenegro 2018 Report, SWD (2018) 150.

3 European Western Balkans: Local Opinion poll: continuous rise in support for Montenegro's EU accession, 19.1.2017, abrufbar unter: <https://europeanwesternbalkans.com/2017/01/19/local-opinion-poll-continuous-rise-in-support-for-montenegros-eu-accession/> (letzter Zugriff: 31.7.2018).